



Detailansicht des Registereintrags

Melde-und Informationsstelle Antiziganismus e.V.

Stand vom 29.04.2025 13:32:34 bis 19.05.2025 09:44:40

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007341
Ersteintrag:	23.04.2025
Letzte Änderung:	29.04.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: MIA e.V. Prinzenstraße 84.1 10969 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493062860937 E-Mail-Adressen: info@mia-bund.de Webseiten: https://www.antiziganismus-melden.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Guillermo Ruiz Torres**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Herbert Heuß**
Funktion: Stellvertreter
3. **Silas Kropf**
Funktion: Vorsizender
4. **Merdjan Jakupov**
Funktion: Stellvertreter
5. **Anne Gabriele Striethorst**
Funktion: Stellvertreterin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. **Dr. Guillermo Ruiz Torres**

Gesamtzahl der Mitglieder:

10 Mitglieder am 26.03.2023, davon:

9 natürliche Personen

1 juristische Person, Personengesellschaft oder sonstige Organisation

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

Diversitätspolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Integration; Rechtspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus e.V. (MIA) ist eine bundesweite, zivilgesellschaftlich organisierte Monitoringstelle zur Erfassung und Dokumentation von Fällen von Antiziganismus. Ziel der Arbeit ist es, auf strukturelle Diskriminierung und rassistische Gewalt gegen Roma und Sinti aufmerksam zu machen, Betroffene zu stärken und politische sowie gesellschaftliche Veränderungsprozesse anzustoßen.

MIA betreibt kontinuierliche Beobachtung, Analyse und Berichterstattung zu antiziganistischen Vorfällen in Deutschland. Die Erkenntnisse aus der Fallarbeit und dem Monitoring fließen in Positionspapiere, Handlungsempfehlungen und politische Stellungnahmen ein, die in den politischen Diskurs auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eingebracht werden. Dabei zielt MIA auf eine Stärkung von Schutzmechanismen, Antidiskriminierungsstrukturen und auf die Sensibilisierung staatlicher Institutionen, Behörden und Entscheidungsträger:innen.

Ein zentraler Bestandteil der Interessenvertretung ist die Zusammenarbeit mit Ministerien, Parlamenten, Ombudsstellen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen, insbesondere im Rahmen der Umsetzung der EU-Roma-Strategie sowie im Bereich der Menschenrechte und Diversitätspolitik.

Zu den konkreten Maßnahmen zählen:

Die politische und fachliche Begleitung und Beratung bei der Entwicklung und Umsetzung von Antirassismus-Strategien mit Fokus auf Antiziganismus,

die Bereitstellung von Expertise und Datenmaterial für parlamentarische Anfragen, Anhörungen, wissenschaftliche Gremien und politische Akteur:innen,

die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit über Erscheinungsformen von Antiziganismus in Gesellschaft, Medien und staatlichen Institutionen,

die Vernetzung mit Betroffenen, Community-Strukturen, Wissenschaft und politischen Entscheidungsträger:innen.

MIA vertritt ausschließlich eigene, gemeinnützige Interessen und arbeitet unabhängig. Die Organisation verfolgt das Ziel, durch politisches Monitoring, Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit einen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung von Antiziganismus zu leisten und menschenrechtliche Standards zu stärken.

Konkrete Regelungsvorhaben (0)

Die Interessenvertretung bezieht sich aktuell nicht auf die konkrete Änderung bestehender oder den Erlass neuer Gesetze oder Verordnungen.

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

- 1. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin, Deutschland

Betrag: 620.001 bis 630.000 Euro

Projektförderung zum Ausbau und zur Stärkung einer bundesweiten Melde- und Informationsstelle für die Erfassung, Dokumentation und Auswertung antiziganistischer Vorfälle in Deutschland

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 09/23 bis 12/23

[Finanzbericht-2023.pdf](#)